

ALTERNATIVEN FÜR DRESDEN

Informationen der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden

WÜRDIGES GEDENKEN

mehr auf Seite 3 und 4

ENTWICKLUNG DER LINGNERSTADT

mehr auf Seite 5

KONTROLLE BETTELEI

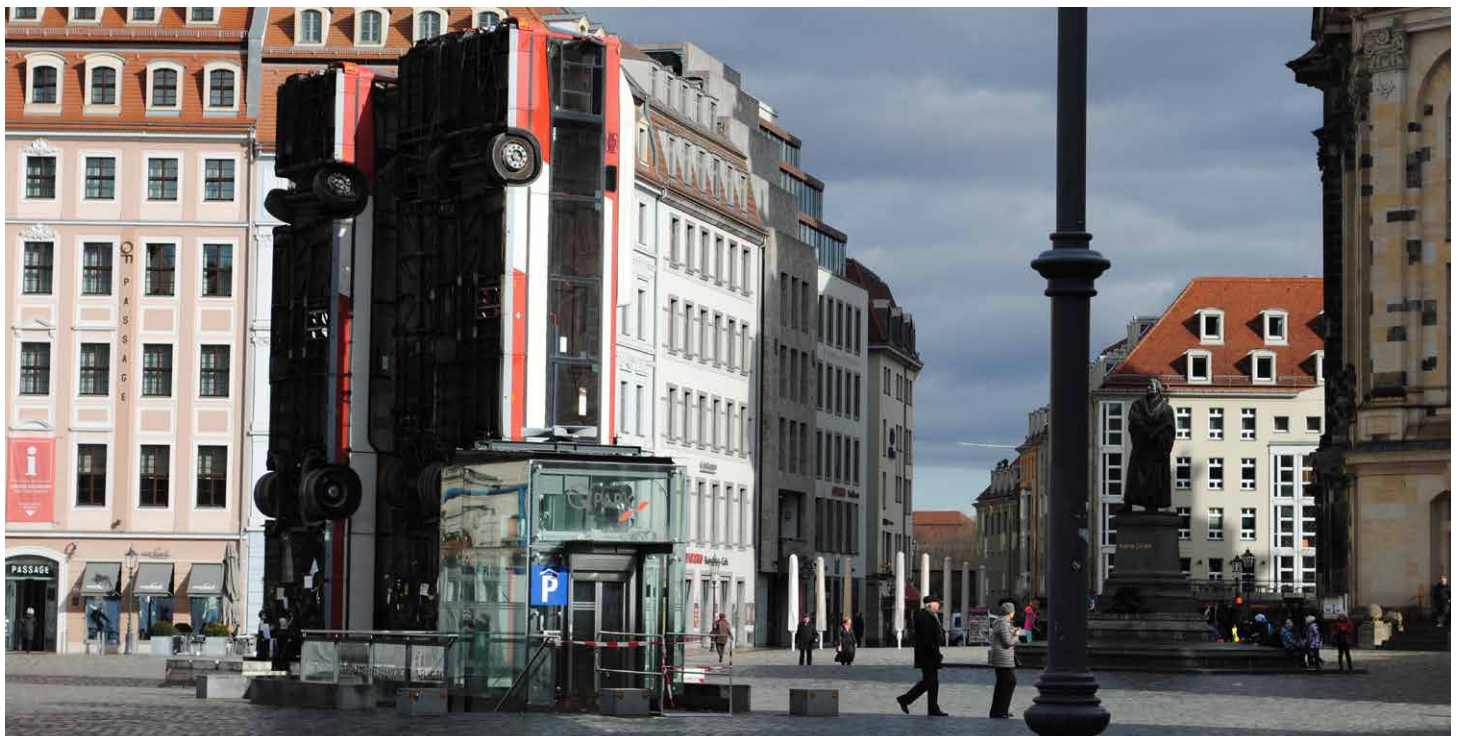
mehr auf Seite 6

PROVOKATION ALS SELBSTZWECK DIE KUNST DIE DRESDNER STADTGESELLSCHAFT ZU SPALTEN

Zumeist findet Kunst im öffentlichen Raum wenig Beachtung. In den letzten Monaten hat sich dies in Dresden erheblich geändert. Dies galt sowohl für die aufrecht gestellten Busse, wie es aktuell für das „Denkmal für den permanenten Neuanfang“ gilt. Neben Zuspruch für beide Kunstinstallationen kam es auch zu lautstarken Protesten. Einmal mehr wurde deutlich, wie groß scheinbar der Riss ist, der sich mittlerweile durch die Dresd-

ner Stadtgesellschaft zieht. Das Anliegen der AfD-Fraktion im Dresdner Stadtrat ist klar: Kunst darf von keiner Seite dazu missbraucht werden, die Dresdner Stadtgesellschaft zu spalten. Kunst soll anregen und zum Nachdenken einladen, Kunst darf aber auch provozieren und - Kunst muss manchmal ausgehalten werden. Brisant werden diese Feststellungen, wenn Kunst im öffentlichen Raum eine eindeutig politische Dimension erreicht.

Dass das umstrittene Bus-Monument des deutsch-syrischen Künstlers Manaf Malbouni bewusst provozieren sollte, um für Dresden national und international positive Schlagzeilen zu produzieren, hat Kulturbürgermeisterin Klepsch mittlerweile zugegeben. Einen wesentlichen Teil der Stadtgesellschaft damit vor den Kopf zu stoßen, wurde dabei bewusst in Kauf genommen. Auch die feierlichen Eröffnungen des „Denkmals für den permanenten



INHALT

PROVOKATION ALS SELBSTZWECK	01 - 02
WÜRDEVOLLES GEDENKEN AN DEN 13. FEBRUAR 1945	03
UNSERE ANFRAGEN	04
ENTWICKLUNG DER LINGNERSTADT	05
GORBITZ-CENTER REAKTIVIEREN!	06
STADT VERSAGT BEI DER KONTROLLE AGGRESSIVER BETTLER	06
PRINZENPALAIS AM GROSSEN GARTEN	07
DRESDENS VERKEHR IN DIE ZUKUNFT	08
IMPRESSUM	08

KONTAKT BÜRO

AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden
 Dr.-Külz-Ring 19
 Rathaus, 1. Etage, Raum 215
 01067 Dresden
www.afd-fraktion-dresden.de
www.facebook.com/AfDFraktionDresden

Tel 0351 - 4 88 10 50
 Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dresden.de

IHRE STADTRÄTE

Stefan Vogel
 (Fraktionsvorsitzender)
sv@afd-fraktion-dd.de

Gordon Engler
 (Stellv. Fraktionsvorsitzender)
ge@afd-fraktion-dd.de

Jörg Urban MdL
ju@afd-fraktion-dd.de

Harald Gilke
hg@afd-fraktion-dd.de

Neuanfang“ vor der Dresdner Frauenkirche wurden von massiven Störaktionen begleitet. Eine breite gesellschaftliche Debatte hat in Dresden zu beiden Kunstinstallationen nicht stattgefunden; erst im Nachhinein wurde von Seiten der Stadt das Gespräch mit den Bürgern gesucht, um die Wogen zu glätten. Bezüglich des Bus-Monuments vor der Frauenkirche hatte die AfD mit einem Eilantrag für den Rückbau der Busse geworben. Begründet hat die Fraktion diesen Antrag unter anderem dadurch, dass „das Gedenken an die Zerstörung Dresdens am 13. Februar [...] nicht neuerlich zum Spielball werden und für unterschiedliche Zwecke instrumentalisiert werden [soll]. Eine um Reflexion und Ausgleich bemühte Stadt müsste Orte und Angebote eines offenen und gleichberechtigten Dialoges schaffen. Gleichzeitig müsste Abstand von Identifikationsobjekten genommen werden, die diesen offenen und gleichberechtigten Dialog verhindern, da sie zu Synonymen einer unversöhnlichen Streitkultur geworden sind.“ Dabei war es der AfD ein besonders wichtiges Anliegen darauf hinzuweisen, dass „der 13. Februar [...], neben dem Gedächtnis unter anderem an die Bombardierung der Dresdner Partnerstadt Coventry, zu einem Synonym für die Grausamkeiten des Luftkrieges und die schonungslose Involvierung der ehemals durch internationale Verträge geschützten Zivilbevölkerung geworden [ist]. Gleichwohl lässt das Gedenken an den 13. Februar 1945 zahlreiche Perspektiven auf das Geschehen zu, die sich zu einem hochkomplexen Bild und einem vielfach verwobenen Gewebe unterschiedlicher Motive und subjektiver Leiderfahrungen verdichten, die sich nicht einfach durch schlagwortartige und logisch zwingend falsche Vereinfachungen wie der Rede von der ‚unschuldigen‘ oder ‚schuldigen‘ Stadt auflösen lassen.“ Das Bus-Monument als Bestandteil des Gedenkens an den 13. Februar genügt diesem Anspruch nicht. Dass der mögliche Zusammenhang des Monuments mit einer Terror-Fraktion die

Frage nach der „unschuldigen“ oder „schuldigen“ Barrikade hätte aufdrängen müsste, die auch eine Neubewertung des Begründungszusammenhangs der „schuldigen“ Stadt nötig machen würde, bleibt erstaunlicherweise unbemerkt. Bezeichnender Weise hat Oberbürgermeister Hilbert den AfD-Antrag im Stadtrat nicht zugelassen. Offen bleibt aus Sicht der AfD-Fraktion nämlich die Frage, inwiefern die gelebte Kunst im öffentlichen Raum tatsächlich von der Mehrheit der Dresdner Bevölkerung in ihrer derzeitigen Art und Weise mitgetragen wird. Der bisherige Verfahrensablauf, die Kunstkommission tagt im Geheimen und die Verwaltung setzt deren Empfehlungen in ihrem Ermessen um, muss dringend überarbeitet werden.

Mit einem neuen Antrag zur Kunst- und Denkmalpolitik in unserer Stadt möchte die Alternative für Deutschland erreichen, dass Kunstinstallationen, die geeignet sind, eine große stadtgesellschaftliche Debatte auszulösen, bereits vorab in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen diskutiert werden. Dafür soll eine Änderung der Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über Kunst im öffentlichen Raum beschlossen werden, um die demokratische Repräsentanz bei der Entscheidungsfindung über Kunst im öffentlichen Raum zu stärken. Dies soll einerseits durch die Einbeziehung aller Stadtratsfraktionen in die Beratungen der Kunstkommission und andererseits durch eine Bestätigung der Empfehlungen der Kunstkommission durch den Ausschuss für Kultur und Tourismus geschehen. Mit der durch den Antrag beabsichtigten Einbeziehung des Kulturausschusses würde dieser auch die politische Verantwortung dafür tragen, dass städtische Kunst im öffentlichen Raum dem Stadtklima nicht abträglich gestaltet wird. Damit sollen Kunstprojekte, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, um unnötige Spannungen zu vermeiden, durch die städtische Volksvertretung, mitgetragen oder gegebenenfalls verhindert werden.

Gordon Engler



AUSGABE: ZUM HERUNTERLADEN

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/fraktionszeitung_1-2017.html

WÜRDEVOLLES GEDENKEN AN DEN 13. FEBRUAR 1945

Am 14. Februar 2017 fand auf Initiative des AfD-Kreisverbands Dresden und der Jungen Alternative Dresden eine Gedenk- und Trauerveranstaltung zu Ehren der Toten vom 13./14. Februar 1945 unter großem Interesse nationaler und internationaler Medien statt.

Karin Wilke (MdL) und Frau Altenburger vom KV Dresden verlasen Augenzeugenberichte, nachdem Stadtrat und Vorsitzender der AfD Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden Stefan Vogel eine sehr persönlich gehaltene Rede hielt. Hier seine Rede im Wortlaut:

Guten Abend liebe Dresdner, Gedenkende und Trauernde.

Vor 72 Jahren gab es für niemanden in Dresden einen guten Abend!

Bei den alliierten Bombenangriffen im Februar 1945 wurden zehntausende Leben binnen 48 Stunden ausgelöscht. Dresdner, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Gäste, Männer, Frauen und Kinder starben in der Hitze des Feuersturms und durch die Detonation tausender Bomben. Sie erstickten in den Kellern oder wurden von einstürzenden Gebäuden lebendig begraben.

Noch mehr verloren ihr Hab und Gut. Unschuldige und unvorbereitet.

All jenen gedenken wir heute, und verneigen uns vor ihnen.

Jeder Trauer ist persönlich und nicht übertragbar. Trauernden als Trost einen etwaigen Vergleich anzubieten, ist absurd. Wer ehrlich trauert, muss nicht noch zusätzlich aufgerüttelt werden. Wer Trauernde bewusst provoziert, handelt nicht nur pietätlos, sondern fordert Widerspruch heraus.

Bis zum gegenseitigen Hass ist es dann nicht mehr weit! Wehret den Anfängen!

Dresden war eine Stadt von vielen im 2. Weltkrieg. Schuld mit Unschuld aufzuwiegen und einer anschließenden Bewertung

zu unterziehen ist zynisch, das Ergebnis nie nachweisbar und ein geschichtsbeachtender Offenbarungseid sowie Zeugnis abwegiger verantwortungsloser Vergangenheitbewältigung...

Ich wollte bisher nie am 13. Februar in die Dresdner Innenstadt gehen, erst recht nicht öffentlich sprechen.

Heute muss ich reden und fühle mich regelrecht dazu verpflichtet.

Vieler meiner Freunde und Dresdner Mitbürger verließen – wie auch ich - ganz bewusst seit Jahren an diesem Tag Dresden, zumindest erinnerten wir uns still, hörten den Glocken der Stadt in den späten Abendstunden und stellten Kerzen in die Fenster. Ich werde manchen 13. Februar in meiner Heimatstadt nie vergessen und mich gern daran erinnern. Beispielsweise besuchten (1995) meine Mutter, eine Freundin und

edle Stifterin für die Frauenkirche aus Hannover und ich im Dresdner Kulturpalast ein Gedenkkonzert mit dem Dirigenten Yehudi Menuhin, einem der größten Violinvirtuosens des 20. Jahrhunderts.

Erinnern muss ich mich jedoch auch an den 13. Februar 2015, den 70. Jahrestag, mit dem Krawall und Klamauk produzierenden Jugendpfarrer König aus Jena auf dem Neumarkt, unter sehr irritierenden Blicken hoch geschätzter Gäste u. a. aus dem britischen Königshaus. Noch schlimmer: schreiende und „Dresden hat's verdient“ „Thanks Bomber Harris“-Sprüche von jungen Deutschen am frühen Morgen des 14. Februar 2015, die versuchten, unsere Kranzniederlegung auf dem Altmarkt zu verhindern, zumindest zu stören.

Heute müssen wir noch immer mit einem unwürdigen, schäbigen Denkmal auf dem



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/wuerdevolles-gedenken.html

Altmarkt zu Ehren der Opfer des 13. und 14. Februar 1945 leben, während andere große und geschichtsträchtige Plätze unserer Stadt mit einer sogenannten Kultur zweckentfremdet und entehrt werden, für die die Mehrheit der Bürgerschaft kein Verständnis hat und bewusst provoziert und schlicht beleidigt wird....

Erinnern wird sich auch meine Mutter, die, so Gott will, Ende April ihren 88. Geburtstag feiern darf, an den 17.04.1945: es war Mittag und ein sehr schöner sonniger Frühlingstag.

Binnen weniger Minuten verlor sie und ihre Familie beim letzten und, gemessen an der Anzahl der Flieger, größten Luftangriff auf Dresden Ihr Zuhause, das komplette Eigentum und alles, was sie nicht trug. Mitbewohner ihres Hauses, die im „falschen“ Keller Zuflucht genommen hatten, verloren durch einen Bombenvolltreffer ihr Leben. Anschließend wurden u. a. meine Mut-

ter und in Begleitung und in ihrer Obhut befindlichen kleinen 3 Kinder - nunmehr Flüchtlinge - auf dem Possendorfer Berg von Tieffliegern beschossen.

Sie rannten um ihr Leben ... und wurden gezielt beschossen. Dreck- und blutverschmiert überlebten sie. Wer fasst meiner Mutter am 17.04. die Hand und bildet eine

Menschenkette? – Warum diese am 13. Februar? Meine Mutter verzichtet darauf und lehnt solche, ja jede Symbolpolitik ab! Wahrheit ist Erinnerung!

Bitte lasst uns erinnern, nach vorne schauen und alles dafür tun, dass wir solches nie wieder erleben müssen. Danke!

Stefan Vogel



UNSERE ANFRAGEN

Die AfD-Stadträte haben in der letzten Zeit wieder mittels mündlicher oder schriftlicher Anfrage an den Oberbürgermeister ihre Aufgabe als Opposition im Dresdner Stadtrat unter Beweis gestellt und eine Vielzahl an Missständen aufgedeckt.

EINIGE SCHRIFTLICHE UND MÜNDLICHE ANFRAGEN

Eine Anfrage zur Erstuntersuchung von Asylbewerbern und den diagnostizierten Krankheiten in Dresden (AF1507/17) zeigte, dass „vom 25.11.2015 bis zum 20.01.2017 [...] insgesamt 4792 Asylbewerber und 264 unbegleitete minderjährige Asylbewerber untersucht [wurden]. Dabei wurden unter anderem 81 chronische Infektionen mit Hepatitis B und 10 Hinweise auf Darmparasiten festgestellt. Zudem wurden insgesamt rund 40 behandlungspflichtige

Tuberkuloseerkrankungen diagnostiziert. Die Anfrage AF1481/17 zielte auf den Stand der Asylbewerberzahlen im Jahr 2016 ab. Am 31.12.2016 lebten im Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt Dresden 7.694 Geflüchtete. Im Laufe von 2016 wurden Dresden 1.901 Personen als Asylbewerber zugewiesen. Ende 2016 waren in Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaats in Dresden waren 786 weitere Personen gemeldet.

Im Gemeindlichen Vollzugsdienst (GVD) der Stadt Dresden sind laut der Anfrage „Personalsituation beim Gemeindlichen Vollzugsdienst“ (AF1521/17) sieben von insgesamt 127 Stellen unbesetzt, die Besondere Einsatzgruppe, die auch den Schwerpunkt Wiener Platz bestreift, ist gemäß Planstellen voll besetzt. Auch die beiden Diensthunde sind wieder einsatzbereit. Ein Diensthundeführer befand sich bis Ende Januar 2017 in

Elternzeit und hat ab 1. Februar 2017 seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Eine mündliche Anfrage während des Stadtrates zum schlechten baulichen Zustand, konkret: die teils gefährliche Absenkung von Gullideckeln auf der Grundstraße ergab, dass die Stadt bis Ende März 2017 nötige Ausbesserungsmaßnahmen durchgeführt haben möchte.

Die Stadt Dresden erwartet derzeit insgesamt 72.500 € Einnahmen aus den geplanten kostenpflichtigen Parkplätzen an der Marienbrücke. Das ergab die Anfrage „Parkplätze an der Marienbrücke/Pieschener Allee“ (AF1585/17). Die Kosten für die zwei Parkscheinautomaten betragen einmalig zusammen 8.000 Euro.

David Steinmann



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/unsere-anfragen.html

ENTWICKLUNG DER LINGNERSTADT

BARACKEN-ARCHITEKTUR GEGEN MODERNEN WOHNUNGSBAU

Die sogenannte Lingnerstadt, das Areal des ehemaligen Robotron-Geländes in der Dresdner Innenstadt, könnte bald Wirklichkeit werden. Ein moderner Stadtteil mit viel Grün in bester Lage. Viele neue, dringend benötigte Wohnungen für Dresden. Blockiert wird die Entwicklung in der Lingnerstadt von der linken Stadtratsmehrheit. Besonders die SED-Nachfolgepartei hängt an den bis jetzt noch nicht abgerissenen Gebäuden aus den 1960er Jahren und sieht in der Robotron-Kantine und den umstehenden Gebäuden herausragende und schützenswerte Baudenkmäler. Daher hat Rot-Grün-Rot einen Antrag beschlossen, der die Dresdner Verwaltung auffordert, einen möglichen Denkmalschutz dieser Gebäude zu prüfen. Das Sächsische Denkmalschutzgesetz definiert „von Menschen geschaffene Sachen [...], deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, wissen-

schaftlichen, städtebaulichen oder landschaftsgestaltenden Bedeutung im öffentlichen Interesse liegt“, als Gegenstand des Denkmalschutzes. Theoretisch könnte man also so gut wie jedes Gebäude unter Denkmalschutz stellen.

Aus Sicht der Alternative für Deutschland können sich die Gebäude auf dem ehemaligen Robotron-Gelände nicht ansatzweise mit Bauwerken derselben Epoche, wie beispielsweise dem UNO-Hauptquartier, dem Sydney Opera House, dem Pirelli-Hochhaus in Mailand oder auch der Bundeschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes messen. Frei nach dem Motto „Ist das Kunst oder kann das weg?“ – tendiert die AfD-Fraktion eindeutig zum zweiten. Die Gebäude haben keinen künstlerischen und auch keinen ästhetischen Wert. Der Anblick tut manchem Betrachter sogar weh. Eine Strömung innerhalb der (Architektur-)Moderne ist der Brutalismus

– scheinbar ein den ästhetischen Vorstellungen der Linken sehr nahe kommender Stil. Als optische Bereicherung für das Stadtbild kann man diese Gebäude aus Sicht der AfD-Fraktion jedenfalls nicht werten.

Wieder einmal zeigt sich, dass die selbsternannte Gestaltungsmehrheit keinem stimmigen Konzept folgt, sondern nur Relikte aus der DDR-Zeit mit allen Mitteln erhalten möchte. Die Entwicklung der Lingnerstadt zu einem attraktiven Wohnumfeld jedenfalls, wird so geradezu verhindert. Wer einerseits mit der WOBA eine neue Wohnungspolitik in Dresden einleiten will und andererseits jedes private Vorhaben zum Wohnungsbau behindert, betreibt eine falsche, schädliche und teure Politik zu Lasten der Dresdner Bürgerinnen und Bürger.

Jörg Urban



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/entwicklung-der-lingnerstadt.html

GORBITZ-CENTER REAKTIVIEREN!

AFD WILL POSITIVE ENTWICKLUNG FÜR GORBITZ

Das Gorbitz-Center ist seit Jahren geschlossen und befindet sich derzeit im Umbau. Wesentliche Baufortschritte sind aktuell jedoch nicht wahrnehmbar. Die Situation vor Ort mit einer Unterversorgung an Einkaufsmöglichkeiten ist ein unzumutbarer Zustand für die dort wohnenden Menschen.

Daher richtete AfD-Stadtrat Stefan Vogel eine Anfrage an den Oberbürgermeister, wann mit einer Wiedereröffnung des Gorbitz-Centers zu rechnen sei. OB Hilbert konnte darauf keine Antwort geben und sieht derzeit auch keinen Handlungsbe-

darf, dass sich die Stadt konstruktiv für das Bauvorhaben einsetzt.

Obwohl die Baugenehmigung bereits seit mehreren Wochen vorliegt, stehen die Bagger still. Die sehr unbefriedigende Antwort der Stadtverwaltung auf die AfD-Anfrage und für alle Bürgerinnen und Bürger des betroffenen Stadtgebiets in Gorbitz lässt befürchten, dass der Entwicklung des Gorbitzer Stadtteils von Seiten der Stadt keine große Priorität eingeräumt wird. Die Alternative für Deutschland kritisiert das scharf und wird sich weiterhin für einen lebenswerten und attraktiven Stadtteil Gorbitz einsetzen.

Stefan Vogel



STADT VERSAGT BEI DER KONTROLLE AGGRESSIVER BETTLER

AFD FORDERT GENERELLES VERBOT BETTELNDEN KINDER

Die Beschwerden über Bettelerei im Dresdner Stadtgebiet häufen sich. Seit den ersten wärmeren Tagen des Jahres sind wieder an vielen Plätzen ärmlich wirkende Menschen anzutreffen, die von vorübergehenden Passanten eine milde Gabe erbeten. Unter Ihnen auch viele Kinder. Betteln gilt zwar als Ausdruck der Meinungsfreiheit, verboten aber ist laut Polizeiverordnung sogenanntes „aggressives Betteln“. Darunter versteht sich zum Beispiel unmittelbares Einwirken von Person zu Person, Vortäuschen körperlicher Gebrechen, das Mitführen eines Hundes oder wiederholtes Ansprechen und Anfassen (Polizeiverordnung §12 - Öffentliche Belästigungen und Störungen). Medienberichten zufolge hat das Dresdner Ordnungsamt allein im vergangenen

Jahr 2016 über 900 Fälle von aggressiven Bettlern in der Stadt festgestellt. Ein wirksames und regelmäßiges Vorgehen durch die Stadt Dresden gibt es jedoch nicht, da dafür schlicht die personellen Ressourcen fehlen.

Ein großer Missstand aus Sicht der Alternative für Deutschland. Eine tatsächliche Notwendigkeit zur Bettelerei besteht in unserem Sozialstaat nämlich nicht, höchstens wohl für sich in Deutschland illegal aufhaltende Personen. Diesen Menschen muss durch eine klare Aufstockung der Stellenzahl für das Ordnungsamt entschieden entgegengetreten werden; zumal, wenn es sich um organisiertes bzw. bandenmäßiges Betteln handelt. Illegale gehören den sächsischen Behörden gemeldet und abgeschoben.

Ein Betteln von Kindern ist gänzlich inakzeptabel. Kritisiert werden muss, dass diese Form der „Kinderarbeit“ in Dresden nicht verboten ist. Andere Städte in Deutschland gehen da einen anderen Weg und verfolgen Kinderbettelerei sehr konsequent. Die AfD fordert für unsere Stadt daher auch ein generelles Verbot. Kinder gehören in die Schule und nicht auf die Straße zum Schnorren.

Mit einer Anfrage an die Stadtverwaltung versucht die Stadtratsfraktion der AfD derzeit, die aktuelle Situation in Dresden besser aufzuklären und hernach mit geeigneten Vorschlägen das Bettelproblem in Dresden zu lösen.

Harald Gilke



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/aggressive-bettler.html

PRINZENPALAIS AM GROSSEN GARTEN

EIN STÜCK IDENTITÄT ZURÜCKGEWINNEN

Mit einem Antrag setzt sich die AfD-Fraktion derzeit für den Wiederaufbau des Prinzenpalais ein, um die Vielfalt der Dresdner Bau- und Architekturkultur um ein weiteres Schmuckstück zu erweitern. Das 1764 -1770 errichtete Palais war ein besonderes Kleinod der Landeshauptstadt Dresden. Von 1781 bis 1927 war es Wohnsitz des zweitgeborenen wettinischen Prinzen und seiner Familie und damit auch mehrerer späterer sächsischer Könige, die ihren kinderlosen Brüdern auf den Thron folgten. Im Palais wurden königliche Prinzen und Prinzessinnen geboren – unter diesen am Himmelfahrtstag, den 25. Mai 1865 Friedrich August III., der letzte König von Sachsen.

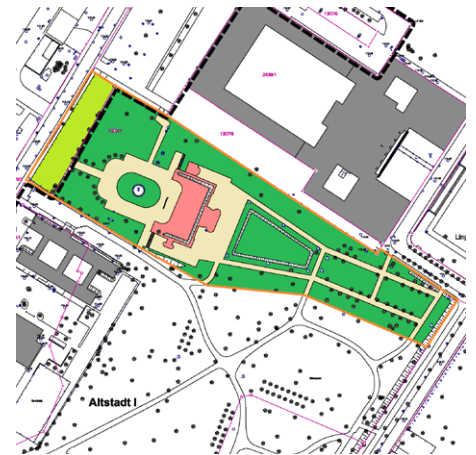
Das Palais selbst war auf Geheiß des Chevalier de Saxe Johann Georg, dem illegitimen Sohn Kurfürst Friedrich August I. (als August II. König von Polen), in einem schlichten und zurückhaltenden Stil des Rokoko mit Anklängen zum Frühklassizismus erbaut worden. Johann Georg beauftragte hierzu den Hofbaumeister Friedrich August Krubsacius, der unter anderem auch Architekt des Landhauses, des Kurländer Palais sowie des Palais Hoym war. Den Gebäudeschmuck führte der Bildhauer Johann Gottfried Knöffler aus. Das



ursprünglich einstöckige Gebäude wurde später um ein Stockwerk erhöht.

Von 1781 an gehörte das Palais jeweils dem zweitgeborenen sächsischen Prinzen und trug dessen Namen, weshalb auch die Bezeichnung „Palais der Sekundogenitur“ geläufig war. Zuerst wurde das Palais der Hauptwohnsitz des Prinzen Anton, welcher 1827 die Nachfolge seines älteren Bruders Friedrich-August I. als sächsischer König antrat. Dieser ließ den das Palais umgebenen Garten zum ersten Dresdner Landschaftspark umgestalten. Im Jahr 1888 kaufte die Stadt Dresden den nördlichen Teil des Gartens, um hier die heutige Lingnerallee anzulegen. Auf der Suche nach einem geeigneten Bauplatz für das Hygiene-Museum erwarb die Stadt Dresden 1927 schließlich auch die übrige Anlage. Das Palais brannte im Februar 1945 in Folge der Luftangriffe auf Dresden aus. Die wiederaufbaufähige Ruine wurde 1951 beseitigt.

Von dem einst stolzen wettinischen Gebäude sind am alten Standort nur noch die Grundmauern, an denen sich auch Reste



alter Treppenanlagen, Dachrinnen und eiserner Fenstergitter befinden, erhalten geblieben. Lediglich der Brunnen im Hof ist vor einigen Jahren rekonstruiert worden. Durch einen Wiederaufbau des Prinzenpalais würde Dresden einen Teil seiner historischen Identität zurückerlangen. Außerdem ründe die Palais-Anlage die geplante Re-Urbanisierung dieses Stadtteils an der Zinendorfstraße ab.

Gordon Engler



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/mut-zum-wiederaufbau.html

DRESDENS VERKEHR IN DIE ZUKUNFT

AFD WENDET SICH SCHARF GEGEN GRÜNIDEOLOGISCHE VERKEHRSPOLITIK

In den letzten Monaten sind in Dresden viele und vor allem weitreichende verkehrspolitische Entscheidungen getroffen worden: der Rückbau des Zelleschen Weges und der Stauffenbergallee, die für Autofahrer katastrophale Planung auf der Königsbrücker Straße, die geplante Verringerung der Fahrbahnen auf der Albertstraße.

Alle diese Entscheidungen der linken Stadtratsmehrheit stellen Weichenstellungen für den gesamten Verkehr in der Stadt Dresden weit in die Zukunft hinein dar. Auto-Verkehr und Radverkehr werden gegeneinander ausgespielt, der Individualverkehr gegen den öffentlichen.

Die Vorstellung der linken politischen Mehrheit, es müsse nur der öffentliche Personennahverkehr gestärkt werden und dadurch würde der Autoverkehr abnehmen, ist falsch. Die neuen technischen Entwicklungen wie die Automatisierung machen den KFZ-Verkehr zunehmend noch attraktiver. Hier wird der Straßenraum auch zukünftig noch benötigt. Mit der Verabschiedung des Radverkehrskonzepts ist aus Sicht der Alternative für Deutschland zwar ein positiver Baustein in der Entwicklung modernen Individualverkehrs in Dresden gelungen. Das Konzept sieht den sukzessiven Ausbau des Radwegenetzes vor. Besonders begrüßenswert ist die damit erreichbare Verbesserung der Sicherheit für Radfahrer.

Schwierig und kritikfähig aber ist es, wenn das Radverkehrskonzept dazu genutzt wird, weiter den Konflikt zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern, insbesondere zwischen Auto und Fahrrad zu verschärfen.

Ebenso sieht es bei der Verknüpfung und Bündelung von Carsharing, öffentlichem Nahverkehr, Radverleih oder ähnlichem

aus. An sich eine positive Idee, nur bei der Umsetzung hapert es wieder einmal gewaltig. Die Einrichtung von sogenannten intermodalen Mobilitätspunkten sollte keine Aufgabe der öffentlichen Hand sein. Statt darauf zu drängen, dass private Anbieter Lösungen und Angebote entwickeln, die durch den Markt angenommen werden, setzt die linke Mehrheit im Stadtrat auf politische Vorgaben und die Einmischung, die viel Geld kosten werden. Eigeninitiative und unternehmerische Kreativität sind gefragt. Die Stadt muss sich nicht überall einmischen.

Jörg Urban



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke, Jörg Urban MdL, Stefan Vogel)
Postfach 12 00 20 - 01001 Dresden
V.i.S.d.P.: Fraktionsvorsitzender Stefan Vogel

KONTAKT

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Fraktionsgeschäftsführer: Harald Kläbe
Fraktionsreferent: Dirk Taphorn
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Raum 215
Tel 0351 - 4 88 10 50
Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dresden.de
http://www.afd-fraktion-dresden.de
http://www.facebook.com/AfDFraktionDresden

FOTOS / BILDER

HARALD GILKE (1), (6) UND (8)
AFD-KREISVERBAND DD (3) UND (4)
GORDON ENGLER (5) UND GRAFIK (7)
DAVID STEINMANN RUINE (7)

ERSCHEINUNGSWEISE

Dreimonatlich

DRUCKAUFLAGE

2.000 Exemplare

Die „Alternativen für Dresden“ sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden und dürfen nicht für Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT?

Wir senden kostenfrei zu!

Einfach Nachricht mit Kontaktdaten an:
post@afd-fraktion-dresden.de